

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Montag, 20. September 2010 23:14
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Gemeinsame Obsorge

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Gemeinsame Obsorge

ÜBERSICHT

[OBSORGE-ARBEITSGRUPPE: BANDION-ORTNER ZIEHT ERSTE BILANZ](#)

[HEINISCH-HOSEK: BESUCHSZEITEN IM SCHEIDUNGSFALL VERPFLICHTEND REGELN](#)

[PRESSESTIMMEN](#)

[Gemeinsame Obsorge als Pflicht? - Wiener Zeitung](#)

[Justiz will mehr Rechte für Väter - derStandard.at](#)

[Bandion-Ortner bei Familienrecht gesprächsbereit - Kleine Zeitung](#)

[Scheidungsäter bekommen mehr Rechte - Kurier](#)

[Mehr Rechte für Scheidungsäter - ORF.at](#)

[Bandion-Ortner weiter für gemeinsame Obsorge - DiePresse.com](#)

[KOMMENTARE](#)

[Gemeinsame Obsorgeregelung - Mehr Rechte für alle. Ein Gesetz das alle Scheidungsfälle über einen Kamm schert, hilft weder Vätern noch Müttern](#)

[SIEHE DAZU AUCH](#)

- [GEMEINSAME OBSORGE – PARLAMENTARISCHE BEHANDLUNG](#)
 - [Positionspapier der Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs zum Thema: Obsorge beider Eltern \(teile\) - „Gemeinsame Obsorge“](#)
 - [Kindeswohl hat bei gemeinsamer Obsorge oberste Priorität](#)
 - [Familie ist mehr als Vater, Mutter, Kind](#)
 - [Gemeinsam Eltern bleiben - Scheidung-Trennung-Gemeinsame Obsorge](#)
 - [Frauenring gegen die Idee der automatischen gemeinsamen Obsorge](#)

- [Wie gemeinsame Obsorge gelingen könnte](#)

BÜCHER ZUM THEMA

WISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN ZUM THEMA

WEB-BERICHTE ZUM THEMA

PRESSEVERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA

IMPRESSUM UND HINWEISE

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Obsorge-Arbeitsgruppe: Bandion-Ortner zieht erste Bilanz

Utl.: Justizministerin erfreut über "konstruktive erste Sitzung". =

Wien (OTS) - Justizministerin Claudia Bandion-Ortner zog heute Mittag eine zufriedene erste Bilanz über das Treffen der Arbeitsgruppe Familienrecht. "Es hat sich gezeigt, dass alle Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer an guten Lösungen im Interesse der Kinder interessiert sind", so die Ministerin, die darauf hinwies, dass die Sitzung "ausgeglichen" beschickt war. "Wir haben neben den betroffenen Ministerien, Institutionen und Vertretern der Rechtsberufe auch Vertreterinnen und Vertreter von Frauen- und Männerinteressen eingeladen. Und zwar in derart ausgewogenem Verhältnis, dass sich keine Gruppe benachteiligt fühlen muss", sagte Bandion-Ortner im Anschluss an die Sitzung.

Bandion-Ortner berichtete weiters, dass- bei aller unterschiedlichen Zugangsweise der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer - in einigen Bereichen Konsens herrsche: Alle waren sich einig, dass der Ausbau der außergerichtlichen Konfliktlösungsmodelle zielführend wäre. Hier gibt es unterschiedliche Vorschläge, etwa die Einrichtung einer den Gerichten vorgelagerten Schlichtungsstelle oder das zuletzt von Bandion-Ortner ins Gespräch gebrachte norwegische Modell: Dort setzen sich vor dem Verfahren ein Gutachter mit den Eltern zusammen um Lösungen zu finden.

Der gesetzliche Änderungsbedarf im Bereich der Obsorge wurde

grundsätzlich von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern erkannt. Dabei herrschte zusätzlich Konsens darüber, dass man die gesetzlichen Regelungen so gestalten soll, dass möglichst wenig Konfliktpotenzial bestehen bleibt.

Bandion-Ortner: "Der heutige Startschuss ist sehr positiv ausgefallen und wir werden nun versuchen, die Anregungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in konkreten Vorschlägen zusammenzufassen. Danach werden wir das in einer kleineren Arbeitsgruppe ausarbeiten und ich hoffe, dass wir bald zu Lösungen kommen werden!"

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Justiz
Mag. Paul Hefelle, Pressesprecher
Tel.: 01-52152-2873
paul.hefelle@bmj.gv.at
<http://www.bmj.gv.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Heinisch-Hosek: Besuchszeiten im Scheidungsfall verpflichtend regeln

Utl.: Scheidungsverfahren beschleunigen und verpflichtende Elternberatung bei strittigen Scheidungen anbieten =

Wien (OTS) - Am Rande einer internationalen Veranstaltung sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zur heute startenden Arbeitsgruppe zum Familienrecht im Justizministerium, dass sie davon ausgehe, dass die Expertinnen und Experten im Interesse der betroffenen Scheidungskinder diskutieren und am Ende der Debatten Lösungen zum Wohle der Kinder stehen werden.

Sie sei weiterhin skeptisch, was eine automatische gemeinsame Obsorge nach der Scheidung anlange. "Wenn sich die Eltern nicht auf eine gemeinsame Obsorge verständigen können oder wollen und nur streiten, dann möchte ich sie dazu nicht zwangsverpflichten. Das verschärft die Konflikte und ist sicher nicht im Interesse des Kindes", so Heinisch-Hosek.

Sie schlage aber vor, dass sich Eltern im Scheidungsfall auf ein Mindestmaß an Besuchszeiten für jenen Elternteil einigen müssen, bei dem das Kind nicht lebt. Denn das Problem sei, dass Väter ihre Kinder oft lange nicht sehen würden. "Das ist dem Kind gegenüber nicht fair und unzumutbar. Kinder brauchen Routine. Daher ist es gut, wenn auch nach der Scheidung schnell wieder Alltag einkehrt und die Kinder beide Eltern sehen können", so die Frauenministerin. Sie könne sich ein Mindestmaß von zwei mal zwei Tagen pro Monat an Besuchszeit für jenen Elternteil vorstellen, bei dem das Kind nicht lebe.

Die Ministerin ist sicher, dass mit geregelten Besuchszeiten schon

viel Konfliktpotential zwischen den Eltern ausgeräumt werden könne. "Vielleicht kann das sogar dazu führen, dass sich Eltern doch noch für eine gemeinsame Obsorge entscheiden".

Weiters schlägt Frauenministerin Heinisch-Hosek eine Beschleunigung von Scheidungsverfahren vor. "Ich kann mir vorstellen, dass man die Verfahren auf ein Jahr begrenzen könnte", so die Ministerin, die darauf verwies, dass die Justiz zusätzliche 189 Planstellen bekommen habe. Freilich seien diese großteils für die Korruptionsbekämpfung gedacht, aber aus ihrer Sicht sei es durchaus möglich, den einen oder anderen zusätzlichen Familienrichter bei Scheidungsverfahren einzusetzen.

Für strittige Scheidungen - davon gebe es rund 2500 pro Jahr - schlägt die Ministerin vor, dass jenen Eltern, die nicht einmal miteinander reden können, verpflichtend Unterstützung angeboten werde. Eine verpflichtende Elternberatung solle helfen, die Konflikte zu entschärfen und dazu beitragen, dass die Eltern eine Lösung im Sinne ihres Kindes finden könnten, so Heinisch-Hosek abschließend.
Rückfragehinweis:

Pressesprecherin der Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek
Mag. Dagmar Strobel
Tel.: (01) 531 15 - 2149
dagmar.strobel@bka.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Pressestimmen

Gemeinsame Obsorge als Pflicht? - Wiener Zeitung

Wien. (pech) Wenn im Juni kommenden Jahres das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch seinen 200. Geburtstag feiert, soll seine grundlegende Überholung bereits ...

Justiz will mehr Rechte für Väter - derStandard.at

Wien - Ein Affront sei das, ein großer Fehler - und es schaffe außerdem ein Ungleichgewicht, empört sich Christa Pözlbauer. Die Frau mit den kurzen, ...

Bandion-Ortner bei Familienrecht gesprächsbereit - Kleine Zeitung

Justizministerin Bandion-Ortner hat sich grundsätzlich gesprächsbereit zum jüngsten Vorschlag von Frauenministerin Heinisch-Hosek in Sachen Familienrecht ...

Scheidungsväter bekommen mehr Rechte - Kurier

Am ersten Tag der Arbeitsgruppe bezüglich Obsorge erzielten Frauenministerin Heinisch-Hosek und Justizministerin Bandion-Ortner Einigkeiten. ...

Mehr Rechte für Scheidungsväter - ORF.at

Die Zeichen für ein neues Scheidungsrecht in Österreich stehen gut. Die zuständigen Ministerinnen von SPÖ und ÖVP sind sich nun grundsätzlich einig, ...

Bandion-Ortner weiter für gemeinsame Obsorge - DiePresse.com

Heute nimmt die AG zum Familienrecht ihre Arbeit auf. Justizministerin Bandion-Ortner pocht auf automatische gemeinsame Obsorge. ...

Kommentare

Gemeinsame Obsorgeregelung - Mehr Rechte für alle. Ein Gesetz das alle Scheidungsfälle über einen Kamm schert, hilft weder Vätern noch Müttern

Väter wollen nach der Scheidung mehr Rechte? Klar. Gebt sie ihnen. Mehr Rechte auch für ledige Väter? Geht in Ordnung. Niemand kann daran zweifeln, dass Kinder Mütter und Väter gleichermaßen brauchen. Sie haben ein Recht auf beide Elternteile. Ein neues Obsorgegesetz soll den Kindern dieses Recht geben. Doch so einfach ist es nicht. Ein Gesetz, das alle Scheidungsfälle über einen Kamm schert, hilft weder Vätern noch Müttern.

Es wäre falsch, wegen einer bestimmten Gruppe an Vätern, die sich nicht um ihre Kinder kümmern, jedem einzelnen das Recht darauf abzusprechen. Es wäre ebenso falsch, dass ein Vater ausschließlich auf das Wohlwollen der Mutter angewiesen ist, wenn er sein Kind sehen will. Doch die Realität ist etwas komplexer. Meistens verständigen sich beide Elternteile einvernehmlich über die künftige Obsorge. Eine gesetzliche Regelung ist nur dort vonnöten, wo schwerwiegende Probleme eine Einigung verhindern. Wenn Väter gewalttätig sind oder Frauen ihre Kinder als Druckmittel benutzen, reicht nicht ein einziges Gesetz, um jedem individuellen Fall gerecht zu werden.

Sollte es künftig eine gemeinsame Obsorge geben, dann darf das nur unter Bedingungen geschehen: Scheidungspaare müssen zur Mediation. Gerichte müssen hellhöriger werden und schneller reagieren. Denn die gemeinsame Obsorge darf nicht zu einem Werkzeug für Väter werden, ihre Ex-Frauen ohne Konsequenzen zu drangsaliieren.

(Saskia Jungnikl, DER STANDARD, Printausgabe, 21.9.2010)

Siehe dazu auch

- [**GEMEINSAME OBSORGE – PARLAMENTARISCHE BEHANDLUNG**](#)
- [**Positionspapier der Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs zum Thema: Obsorge beider Eltern\(teile\) - „Gemeinsame Obsorge“**](#)
- [**Kindeswohl hat bei gemeinsamer Obsorge oberste Priorität**](#)
- [**Familie ist mehr als Vater, Mutter, Kind**](#)

- [Gemeinsam Eltern bleiben - Scheidung-Trennung-Gemeinsame Obsorge](#)
 - [Frauenring gegen die Idee der automatischen gemeinsamen Obsorge](#)
 - [Wie gemeinsame Obsorge gelingen könnte](#)
-
-

Bücher zum Thema

http://books.google.at/books?sourceid=navclient&ie=UTF-8&hl=de&rlz=1T4SKPB_deAT376AT376&q=gemeinsame+obsorge

Wissenschaftliche Abhandlungen zum Thema

http://scholar.google.at/scholar?sourceid=navclient&ie=UTF-8&hl=de&rlz=1T4SKPB_deAT376AT376&q=gemeinsame+obsorge

Web-Berichte zum Thema

http://www.google.at/search?sourceid=navclient&ie=UTF-8&hl=de&rlz=1T4SKPB_deAT376AT376&q=gemeinsame+obsorge&meta=cr%3DcountryAT

Presseveröffentlichungen zum Thema

http://news.google.at/news?sourceid=navclient&ie=UTF-8&hl=de&rlz=1T4SKPB_deAT376AT376&q=gemeinsame+obsorge

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.